

# Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Franziska Koch

## Nahrungsmittelnotstand durch Devisenkrise

Präsident Rajapaksa hat Ende August den Notstand in Sri Lanka ausgerufen, um die Lebensmittelknappheit zu kontrollieren, die nach Angaben der Regierung durch eine künstliche Verknappung von skrupellosen Händlern verursacht wird. Die Lebensmittelengpässe führen dazu, dass sich trotz der strengen Ausgangssperren vor den Geschäften lange Schlangen bilden. Auch die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen stark an. Mehrere private Banken gaben an, derzeit Schwierigkeiten zu haben, weitere Importe von Lebensmitteln zu finanzieren, da eine Devisenknappheit in Sri Lanka herrscht.

Bereits im März 2020 schränkte die sri-lankische Regierung die Einfuhr von Fahrzeugen, Speiseölen und Gewürzen zur Kontrolle der Devisenflüsse ein. Nun erlauben die Notstandsgesetze es der Regierung, die Preise für wichtige Lebensmittel wie etwa Zucker und Reis zu kontrollieren, Lebensmittelvorräte von Händlern zu beschlagnahmen und Personen zu verhaften, die wichtige Lebensmittel horten. Auch wendet die Rajapaksa-Regierung eine altbewährte Methode zum Krisenmanagement an: Sie benannte einen hochrangigen Armeeeoffizier zum Generalkommissar für die Koordination der Grundversorgung.

## Neue Covid-19-Welle und Ausgangssperren

Die Zahl der Covid-19-Fälle steigt seit Wochen rapide an. Täglich werden mehr als 4500 Fälle pro Tag und mehr als 200 Todesfälle gemeldet. Nach offiziellen Angaben sind in Sri Lanka seit Beginn der Pandemie über 12.000 Covid-bedingte Todesfälle zu verzeichnen. Auf Drängen katholischer Priester und buddhistischer Mönche gilt seit Mitte August erneut ein landesweiter Lockdown, der unter anderem die Schließung nicht-essenzieller Geschäfte vorschreibt. Angesichts der sich verschlechternden Situation hatten Priester, Mönche, Gewerkschafter/-innen und Gesundheitsexpert(inn)en die Regierung aufgefordert, das Land wieder zu schließen und so die weitere Ausbreitung der Covid-19-Pandemie zu verhindern.

## Festnahmen von Protestierenden

Am 11. Juli 2021 wurden circa 30 Demonstrant(inn)en auf zwei Kundgebungen gegen die Privatisierung von Bildungseinrichtungen und die schlechten Arbeitsbedingungen im Textilsektor im Großraum Colombo festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, mit der Teilnahme gegen Quarantänevorschriften für Demonstrationen verstoßen zu haben. Obwohl die Anwältinnen und Anwälte der betroffenen Personen zeitnah eine Freilassung auf Kaution erwirken konnten und keine Anzeichen einer Covid-19-Infektion bestanden, wurden sie durch die Polizei in staatlich geführte Quarantänezentren verbracht.

## Verschärfung der Anti-Terrorismusgesetzgebung

Anfang März gab die sri-lankische Regierung per Erlass eine Verschärfung des *Prevention of Terrorism Act* (Terrorismusvorbeugung, PTA) bekannt. Demnach ist es den Sicherheits- und Polizeibehörden nun möglich, Personen für bis zu 24 Monate (anstelle der bis dahin 18 Monate) ohne Erhebung einer formalen Anklage und Gerichtsverfahren in Haft zu nehmen. Zudem kann den inhaftierten Personen der Zugang zu einem Rechtsbeistand oder das Recht auf Beweismittelleinsicht verweigert werden. Das sind klare Verstöße gegen internationale Rechtsnormen.

Ferner wird das Verteidigungsministerium unter der neuen Verordnung damit beauftragt, sogenannte Rehabilitationszentren zu errichten. Sie sollen diejenigen „rehabilitieren“, die planen „Gewalttaten zu verüben, religiöse, ethnische oder kommunale Disharmonie oder Gefühle des bösen Willens oder der Feindseligkeit zwischen verschiedenen Gemeinschaften oder ethnischen oder religiösen Gruppen zu verbreiten“. Aus dem Erlass ist nicht ersichtlich, was Rehabilitierung in diesem Kontext bedeutet, und welche Verfahren zu ihrer Umsetzung angewandt werden sollen. Die vage Formulierung von sanktionierbarem Verhalten stellt nicht nur Handlungen, sondern auch Gedanken und Gefühle unter Strafe und lässt bewusst Raum für Interpretationen. Sie schafft Möglichkeiten zur willkürlichen Implementierung und damit einen Nährboden für

weitere Menschenrechtsverletzungen. In der Vergangenheit waren Rehabilitationszentren im Kontext der Wiedereingliederung von ehemaligen LTTE-Kadett(inn)en jedoch Orte schwerer Menschenrechtsverstöße, wie etwa Folter und sexualisierte Gewalt.

### Starke Resolution des EU-Parlaments

Im Juni 2021 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zu Sri Lanka mit einer überwältigenden Mehrheit. Die Resolution stellt klare Forderungen an die Erfüllung der internationalen Menschenrechtsstandards durch die sri-lankische Regierung. Insbesondere wird eine klare Erwartung an die Reform der Anti-Terrorismusgesetzgebung (PTA) formuliert. Die sri-lankische Regierung weist den Vorwurf zurück, der PTA würde zur Inhaftierung von regierungskritischen Personen sowie muslimischen und tamilischen Minderheiten genutzt. Die Regierung stellt in ihrer Kommunikation stattdessen die bisherigen Erfolge bezüglich der Friedens- und Versöhnungsarbeit in den Vordergrund, deren Ursprünge jedoch überwiegend bei der Reformregierung von 2015-19 liegen. Die sri-lankische Regierung versprach zudem – erneut – eine Reform des PTA unter Berücksichtigung internationaler straf- und menschenrechtlicher Standards. Sie berief dazu zwei Ausschüsse ein, die eine Prüfung der Gesetzeslage vornehmen sollen. Die „Untersuchungskommission zur Bewertung der Ergebnisse früherer Kommissionen und Ausschüsse zu Menschenrechten und zum weiteren Vorgehen“ (*Presidential Commission of Inquiry for Appraisal of the Findings of Previous Commissions and Committees on Human Rights and the Way Forward*) kommt allerdings in ihrem Zwischenbericht vom 22. Juli 2021 zu dem nicht ganz überraschenden Befund, es gebe keinen Grund zur Abschaffung des PTA, allenfalls minimaler Reformbedarf. Der Abschlussbericht wird Ende September erwartet.

### Bericht über Folter in Haft

Nur wenige Tage vor dem Beginn des UN-Menschenrechtsrats in Genf hat die Organisation *International Truth and Justice Project (ITJP)* Anfang September einen Bericht veröffentlicht, in dem glaubhaft die Folter von politischen Gefangenen durch die sri-lankische Polizei und das Militär beschrieben wird. Insgesamt wurden die Aussagen von 15 Tamil(inn)en aufgenommen, die seit der Machtübernahme von Rajapaksa im Jahr 2019 ohne

Anklage inhaftiert und gefoltert worden waren. Der Bericht schildert detailliert die Erfahrungen mit Schlägen, Verbrennungen, Erstickungen und sexualisierter Gewalt durch sri-lankische Sicherheitskräfte. Der UN-Sonderberichterstatter für die Förderung von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien für die Nichtwiederholung, Fabián Salvioli, soll in Genf einen Folgebericht über seinen offiziellen Besuch in Sri Lanka im Jahr 2017 vorlegen.

### Begnadigung durch den Präsidenten

Im Juni ließ die sri-lankische Regierung unter Gotabaya Rajapaksa 16 Tamil(inn)en frei, die unter dem PTA inhaftiert worden waren. Die Personen waren verdächtigt worden, Teil der terroristischen Freiheitsbemühungen (LTTE) gewesen zu sein und befanden sich größtenteils ohne Gerichtsprozess bis zu 20 Jahre in Haft. Alle betroffenen Haftstrafen wären auch ohne die Begnadigung dieses Jahr beendet worden. Gleichzeitig begnadigte der Präsident auch den ihm nahestehenden, ehemaligen Abgeordneten Duminda Silva, der 2016 wegen Mordes an vier Menschen verurteilt worden war. Er berief ihn mittlerweile auch zum Vorsitzenden der Nationalen Wohnungsbaubehörde (*National Housing Authority*).

### Sammelabschiebungen von Tamilen aus Deutschland

Im März und Juni wurden über 50 Tamilen in zwei Aktionen nach Sri Lanka abgeschoben. Nach ihrer Ankunft mussten beide Gruppen verpflichtend zwei Wochen in einer Quarantäneeinrichtung verbringen. Personen aus beiden Gruppen berichten, dass sie wiederholt zu ihrem geplanten Aufenthaltsort in Sri Lanka befragt wurden. Einige gaben an, nicht zu ihren Familien zurückkehren zu wollen, da sie fürchten müssen, unter Überwachung zu stehen. Auch fürchten sie in der Gemeinschaft ihrer Heimatorte nicht willkommen zu sein, wenn sie unter Überwachung stehen. Die Sorge scheint nicht unbegründet, denn die Familien der abgeschobenen Tamilen berichten von unangekündigten Visiten und Befragungen, über die zu diesem Zeitpunkt noch in Deutschland lebenden Verwandten. Der Kontakt zu internationalen Organisationen und Vertrauten in Deutschland brach in den meisten Fällen nach einigen Tagen ab, um im Überwachungsraaster der sri-lankischen Behörden nicht weiter aufzufallen.